

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/183

24. September 1973

Hilfe für die Verfolgten in Chile

-----  
Wird nach Allende auch die Demokratie beseitigt?

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD und des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 72 Zeilen

Auf der Suche nach einem Kompromiß

-----  
Zur Jahresversammlung 1973 des internationalen Währungsfonds

Von Prof. Dr. Karl-Heinz Sohn

Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 98 Zeilen

Nach der Aufnahme

-----  
Die Rolle der Bundesrepublik in den Vereinten Nationen

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik, innerdeutsche Beziehungen, Europa- und Entwicklungspolitik

Seite 5 bis 7 / 102 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 36  
Telex: 888 848 / 888 847

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Str. Nr. 109-112. Telefon: 7 65 11

## Hilfe für die Verfolgten in Chile

Wird nach Allende auch die Demokratie beseitigt ?

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD und  
des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag

(Bruno Friedrich war Vertreter des SPD-Vorstandes bei der Chile-Sondersitzung der Internationale am 22. September in London).

Die Sozialistische Internationale, der 58 Parteien des demokratischen Sozialismus in der westlichen und der Dritten Welt angehören, haben am Samstag in ihrer Sondersitzung in London einstimmig den Putsch in Chile verurteilt. Dies war zu erwarten.

Eine erste Analyse des Putsches ergab, daß man die Beseitigung Allendes nicht mit einem der in Lateinamerika häufigen Putsche vergleichen kann. Dies war kein Wechsel von einer Diktatur, von einer Junta zur anderen, bei der, wie dort meist üblich, die Militärs unter sich blieben. Chiles Demokratie ist älter als viele Demokratien in Europa. Zum erstenmal seit dem spanischen Bürgerkrieg hat in Chile das Militär gegen das eigene Volk gebombt, ist eine legal gewählte Regierung von denen liquidiert worden, die nach der Verfassung berufen sind, diese Regierung zu verteidigen. Was man Allende immer vorwerfen mag oder kann: Es gab bei ihm Freiheit, höchste Freiheit für den politischen Gegner, - bis zur eigener Vernichtung; es gab keine politischen Gefangenen, keine Konzentrationslager, Allendes Gegner hatten Pressefreiheit, eigene Rundfunksender: Chile hatte ein demokratisch-humanes System.

Wird nach Allende in Chile auch die Demokratie beseitigt?

Die noch nicht sichtbare Antwort auf diese Frage wird das künftige Verhalten der 58 Parteien des demokratischen Sozialismus in der Chile-Frage bestimmen. Viele Anzeichen gibt es, daß gegenwärtig in Chile die demokratischen Parteien auch der linken Mitte liquidiert, ihre Führer verhaftet, ihre Anhänger verfolgt

werden. Wo ist Anselmo Sule, der Präsident der Radikalen Partei? Eine Partei, der britischen Labour-Party, der deutschen Sozialdemokratie vergleichbar. Wo ist Sule? Er wurde aus einer Wohnung heraus drei Tage nach dem Putsch verhaftet und ist seitdem verschwunden. Wo sind die Verfolgten Demokraten dieser Partei und warum werden sie verfolgt? Darauf muß Chiles Junta den Sozialdemokraten in Europa eine Antwort geben, vor allem denen, die hier regieren und von deren Regierungen Chile Unterstützung erhofft.

Die Nachrichten aus Chile sind widersprüchlich. Die Verharmlosungen der Junta verdienen höchstes Mißtrauen. Angesichts dieser Situation war die Erklärung der 58 Parteien des demokratischen Sozialismus in London höchst maßvoll, differenziert und in den geforderten Maßnahmen abwartend. Die Parteien der Sozialistischen Internationale wollen, daß Entwicklungshilfe nicht eingestellt, sondern bis zur Klärung der Situation gestoppt und zurückgehalten werden soll.

In den Beziehungen, in der Unterstützung mit Nahrungsmitteln, mit medizinischer Hilfe unterscheidet man zwischen der Junta und dem chilenischen Volk. Aber die Qualität der Beziehungen demokratischer Staaten soll bestimmt sein vom Umgang der Junta mit Gefangenen, von der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse und der Wiedezulassung der demokratischen Parteien.

Eine Delegation der Sozialistischen Internationale, Delegationen der einzelnen Parteien (dazu gehört auch die Reise von Wischniewski und Brück) sollen erkunden, wie es um diese Fragen steht. Gibt es ein Ende der Verfolgungen, eine Freilassung der Demokraten, zumindest eine Möglichkeit der Ausreise? Viel spricht dafür, daß sozialdemokratische Parteien, die in Europa mitregieren, von der Antwort auf diese Fragen künftig Hilfe abhängig machen. Mit einem griechisch-spanisch-portugiesischem Regime-modell ohne Parteien wird man sich nicht abfinden.

Die Sozialistische Internationale hat auch zu den Kräften Stellung genommen, die von außen her die innere Entwicklung Chiles beeinflusst haben. Nicht ein bestimmter Staat, sondern die nachweisbar einwirkenden multinationalen Konzerne wurden angeklagt.

Mit Befriedigung wurde zur Kenntnis genommen, daß alle Demokraten, auch die konservativen Parteien, so die Christdemokraten in Italien, den Putsch verurteilt haben. In dieser ablehnenden Haltung gab es nur zwei Ausnahmen: Die Faschisten Italiens und Teile der CDU/CSU in der Bundesrepublik haben den Putsch gerechtfertigt. In London hat man höchst kritisch registriert, daß man mit dem von der Junta verwendeten Begriff "marxistische Parteien" demokratische Sozialisten aus dem Verfassungsbereich drängen will, daß diese von Hitler und Goebbels genormte Diffamierung sozialdemokratischer Parteien als Virus in politischen Subkulturen noch lebt und Nahrung sucht. Die Parteien des demokratischen Sozialismus werden auch deshalb über den Putsch hinweg nicht zur Tagesordnung übergehen.

(-/24.9.1973/ks/ex)

## Auf der Suche nach einem Kompromiß

Zur Jahresversammlung 1973 des internationalen Währungsfonds

Von Prof. Dr. Karl-Heinz Sohn

Staatssekretär im Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

1/ In der Zeit vom 24. bis 28. September 1973 treffen in Nairobi Delegationen aus 125 Ländern zusammen, um über die Reform des internationalen Währungssystems zu beraten und Entscheidungen über die künftige Politik der Weltbank zu fällen. Unter den anwesenden Ländern sind nicht weniger als 105 Delegationen aus der Dritten Welt. Man kann sich vorstellen, daß - trotz des wirtschaftlichen und politischen Übergewichts der großen Industrieländer - die Entwicklungsländer die Szenerie beherrschen und die Konferenz benutzen werden, ihre Position deutlich zu machen. Sie werden eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen fordern.

Die Bundesrepublik ist durch eine Delegation vertreten, der, unter Leitung von Bundesminister Schmidt, u.a. die Staatssekretäre Pöhl (BMF) und Sohn (BMZ) sowie die Notenbankpräsidenten Klasan und Emminger angehören.

2/ Im Mittelpunkt der Reform des internationalen Währungssystems steht der Versuch, den weltweiten Prozeß der Inflation unter Kontrolle zu bringen, Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte rascher als bisher auszugleichen, eine schnellere Anpassung der Wechselkurse an die ökonomisch "richtigen" Relationen zu ermöglichen und den Dollar davon zu entlasten, das überwiegende Reservemedium zu sein und stattdessen ein neues Reservemedium in Gestalt von Sonderziehungsrechten zu schaffen. Den Entwicklungspolitikern interessiert vornehmlich die künftige Rolle jenes Teils der Sonderziehungsrechte, der den Entwicklungsländern zusätzlich verfügbar gemacht werden könnte. Es gilt, zwischen der ökonomisch notwendigen Begrenzung des Anwachsens internationaler Liquidität einerseits und dem Finanzbedarf der Entwicklungsländer andererseits einen Kompromiß zu finden. Bei einer möglichen Verlagerung der internationalen Liquidität auf Entwicklungsländer muß unbedingt verhindert werden, daß Sonderziehungsrechte unkontrolliert in Anspruch genommen würden und damit die weltweite Übernachfrage weiter angeheizt und die Inflation verstärkt wird. Bisher war diese Gefahr schon deshalb nicht gegeben, weil die Summe der Sonderziehungsrechte, etwa im Vergleich zu den zirkulierenden US-Dollar, verschwindend gering ist. Auch gingen von dem geringen Umfang der Nachfrage aus Entwicklungsländern keine inflatorischen Wirkungen aus. Es ist nicht zu übersehen, daß die Entwicklungsländer im bisherigen System der Weltwährungsordnung Kellerkinder waren. Nur selten wurde ihnen das Glück zuteil, über einen für ihre notwendigen Bedürfnisse ausreichenden Bestand an Währungsreserven zu verfügen. Sie blieben vom Wohlwollen der Industrieländer abhängig. Es ist deshalb anzunehmen, daß auch in Nairobi Industrie- und Entwicklungsländer ihre unterschiedlichen Interessen artikulieren. Den einen ist die Stabilitätspolitik vordringlich, den anderen weitere Finanzierungs-

hilfen. Wie die Verständigung formal aussieht, ist bisher noch ungewiß.

3/ Zusätzlich wird in Nairobi darüber zu beraten sein, ob und in welchem Umfang die Entwicklungsbank der Weltbank (IDA) ihr Kapital erhöhen soll, um in stärkerem Maße Entwicklungsvorhaben finanzieren zu können. Die 4. IDA-Aufstockung soll den Plänen nach mit Beginn des nächsten Jahres zusätzlich 4,5 Milliarden US-Dollar erbringen, von denen die Bundesrepublik 11 bis 12 vH. zu zahlen hätte.

Auch aus der engen Verbindung der Währungspolitik mit den Erörterungen über Entwicklungshilfefinanzierung wird deutlich, wie sehr internationale Währungspolitik von den Entwicklungsländern und ihren Problemen bestimmt wird.

4/ Die deutsche Position in Nairobi ist ausreichend vorgeklärt worden. Der Bundesminister der Finanzen und die übrigen Teilnehmer der deutschen Delegation werden deutlich machen, wie sehr die Bundesrepublik daran interessiert ist, zu einem gesunden Kompromiß zwischen einer stabilitätsorientierten Währungspolitik und der Notwendigkeit zu gelangen, die Interessen der Entwicklungsländer stärker als bisher zu berücksichtigen. Schon auf der Welthandelskonferenz in Santiago hatte der damalige deutsche Finanzminister den Entwicklungsländern ein entsprechendes Angebot unterbreitet. Danach erklärte sich die Bundesregierung bereit, den Entwicklungsländern ein größeres Kontingent an SZR's zu Lasten ihrer eigenen Quote bzw. jener der Industrieländer einzuräumen. Die diesjährige Konferenz des IWF dürfte einer weiteren Konkretisierung der deutschen Absichten dienen.

Einfach ist die Aufgabe nicht, zumal die Erwartungen hoch und die Bedingungen hart sind. So sind die Entwicklungsländer bis heute nicht dazu zu bewegen, für den Fall einer größeren Zuteilung von Sonderziehungsrechten darüber nur durch Einschaltung der Weltbank zu verfügen. Das aber wäre auch für die deutsche Position eine unerläßliche Bedingung. Auch waren die Entwicklungsländer bisher nicht zu bewegen, auf die spekulative Anlage ihrer Devisen zu verzichten. Vielmehr nahmen sie in beträchtlichem Umfang an den Transaktionen auf dem Euro-Dollar-Markt und gegen die DM teil. Ob sie in Zukunft in dieser Hinsicht zu einem Arrangement mit der Bundesrepublik Deutschland bereit sind und darauf verzichten, an solchen Praktiken teilzunehmen, dürfte davon abhängen, wie attraktiv ihnen im Vergleich dazu das Angebot der Gewährung zusätzlicher Sonderziehungsrechte erscheint. Eine Verpflichtung, ihre Liquidität weltweit in gering oder unverzinslichen Sonderziehungsrechten anzulegen, dürften sie jedenfalls kaum eingehen.

5/ Die deutschen Teilnehmer an der Konferenz von Nairobi treten ihre Reise nicht mit hochgespannten Erwartungen an. Sie stehen vor einer schwierigen Aufgabe. Allerdings werden sie die Möglichkeit der Anwesenheit fast aller Entwicklungsländer dazu nutzen, eine Reihe bilateraler Fragen zu klären. Ein funktionierendes Währungssystem ist letzten Endes die Grundlage auch der bilateralen Leistungsfähigkeit der Industrieländer an die Dritte Welt. Seine Wiederherstellung liegt deshalb im Interesse der Entwicklungsländer.

(-/24.9.1973/ks/ex)

Nach der Aufnahme  
-----

Die Rolle der Bundesrepublik in den Vereinten Nationen

Von Kurt Mattick-MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses  
des Bundestages und Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises  
Außen- und Sicherheitspolitik, innerdeutsche  
Beziehungen, Europa- und Entwicklungspolitik

Die beiden deutschen Staaten sind nun, von Sympathiebekundungen begleitet, Mitglieder der Vereinten Nationen geworden. Für die Bundesrepublik bedeutet dieser Schritt weder die Anerkennung der Teilung Deutschlands noch die Aufgabe des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen. Die weitere Entwicklung des deutsch-deutschen Verhältnisses wird durch die Mitgliedschaft beider Staaten in der UNO kaum berührt. Allerdings wird es uns möglich sein, die DDR auf höchster Ebene des Öfteren daran zu erinnern, welche Verpflichtungen sie mit dem Beitritt zur Charta der Vereinten Nationen übernommen hat. Durch die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO wird die deutsche Teilung weder leichter überwunden werden noch wird sie vertieft.

Die Aufnahme der DDR in die UNO zeigt erneut, daß die Erfüllung der UN-Charta und der Menschenrechtskonvention offensichtlich nicht notwendigerweise Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Weltorganisation ist. Dies kann kaum verwundern, wenn man bedenkt, daß eine große Zahl der heutigen UNO-Mitglieder weder bereit noch in der Lage ist, in ihrem Staatsbereich die Verpflichtungen aus ihrer Mitgliedschaft voll zu erfüllen. Die Mehrheit der Vertreter der UN-Mitgliedstaaten tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein, aber an das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen Menschen denken zurzeit noch die wenigsten.

Der Bundesaußenminister hat mit Recht in seiner Eintrittsrede darauf aufmerksam gemacht, wie schwer uns angesichts der deutschen Teilung die Entscheidung gefallen ist, den Vereinten Nationen beizutreten. In den Unter- und Sonderorganisationen.

der UNO, in denen es im wesentlichen darum geht, Völkern und Menschen zu helfen, die in dieser Welt in Not leben, sind wir seit langem tätig. Unsere Leistungen in diesen Organisationen können sich sehen lassen; die Leistungen der DDR stehen dazu in keinem Verhältnis. Bei den Sympathiebekundungen für die beiden deutschen Staaten in der UNO wurde allerdings deutlich, daß manche Delegationen ihre Sympathie nicht so sehr von Leistungen als von Entschliebungen und schönen Worten abhängig machen.

Uns Deutsche bewegen angesichts unserer Aufnahme in die Weltorganisation unterschiedliche Empfindungen. Niemand wird bestreiten, daß in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit Konsequenzen gezogen wurden, die uns das Recht geben, von anderen zu erwarten, daß sie diese Vergangenheit nicht mehr der Generation zur Last legen, die die Bundesrepublik gestaltet hat und schon gar nicht den nachfolgenden Generationen, die heute in ihr leben. Es ist sicher nicht überheblich festzustellen, daß sich nur wenige Staaten der Welt die eigentlichen Absichten derer, die einst die UNO gründeten, in gleichem Maße zu Herzen genommen haben, wie wir dies getan haben. Alle Forderungen, die die Vereinten Nationen in bezug auf Menschenrechte aufgestellt haben, sind in der Bundesrepublik, so weit es in einem laufenden Prozeß der Veränderung möglich war, erfüllt worden: Die Menschen in unserem Lande sind frei, sie können hingehen, wohin sie wollen und kommen, wann und wie sie wollen. Die Meinungsfreiheit ist gesichert, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger im Rahmen unserer parlamentarischen Demokratie werden weiter entwickelt und vertieft. Unsere Gesetze garantieren dem einzelnen Freiheit und Sicherheit vor der Willkür des Staates. In unserer wirtschaftlichen Entwicklung haben wir nicht nur für die Wohlfahrt aller große Leistungen vollbracht, sondern sind durch unsere Sozialgesetzgebung und die Ausgestaltung des Arbeitsrechts ohne Zweifel im Weltmaßstab vorbildlich.

Die Spaltung Deutschland ist für uns nicht nur aus nationalen Gründen schmerzlich, sondern vor allem auch, weil die Menschen in der DDR nicht in einem freien Staat leben, sondern unter dem Druck einer Einparteienherrschaft stehen. Dennoch haben wir im

Interesse des Friedens, den wir nicht nur durch das atomare Patt gesichert sehen, sondern auch durch die Beseitigung der Spannungen festigen wollen, gegen den Widerstand einer lautstarken Minderheit in unserem Land eine Politik der Entspannung gegenüber den Ostblockstaaten eingeleitet. Damit haben wir einen Schritt getan, der uns angesichts der Lage der Deutschen in der DDR nicht leichtfallen konnte, wenn er auch schließlich gerade für diese Deutschen fühlbare menschliche Erleichterungen erbracht hat.

Dies berechtigt uns, in dieser Stunde auch offen zu sagen, daß wir nach 28 Jahren nicht mehr bereit sind, uns nur an unserer Vergangenheit messen zu lassen. Wir verfolgen mit dem Beitritt zur UNO die Absicht, an höchster Stelle daran mitzuwirken, daß der Frieden nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt sicherer wird und daß die Maximen der UN-Charta Schritt für Schritt Wirklichkeit werden. Wir hoffen, daß wir dabei mit unseren Bündnispartnern - damit meinen wir Westeuropa als Ganzes sowie die Vereinigten Staaten und Kanada - in wichtigen Fragen zu einer gemeinsamen Haltung kommen und uns nicht gegeneinander ausspielen lassen von denen, die sich an entscheidenden Forderungen der UN-Charta vorbeidrücken wollen.

Wir sind den Vereinten Nationen mit der Hoffnung beigetreten, daß wir die Weltorganisation nicht durch Konflikte zwischen Bundesrepublik und DDR belasten werden. Die Frage der deutschen Einheit und der Verwirklichung des deutschen Selbstbestimmungsrechts kann mit Sicherheit nicht in New York gelöst werden. Sie ist aber auch kein ausschließliches Problem der Deutschen untereinander, sondern hängt entscheidend davon ab, wie weit die westliche Gemeinschaft einerseits und der Sowjetblock andererseits auf längere Sicht die Schranken beseitigen, die sie trennen. Dazu können die Vereinten Nationen sicher einen Beitrag leisten, indem sie am Abbau der gesellschaftlichen und politischen Spannungen zwischen Ost und West ebenso mitwirken, wie an der Überwindung des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen Nord und Süd.

(-/24.9.1973/bgy/ex)